[illegible] ... Bau des neuen Deutschlands.

— Die Annahme von Wertpaketen von Privatpersonen nach Berlin mit Ausnahme solcher, die nur Geld oder Wertpapiere, Urkunden, Gold, Silber, Edelsteine oder daraus gefertigte Gegenstände enthalten, ist vorläufig vom 18. bis einschl. 21. Juni gesperrt.

— Schlechte Aussichten für Kirschenpreise. Die ersten reifen Kirschen aus dem Rheingebiet waren schon in den Tagen vor Pfingsten in den rheinischen Städten zu haben. In Mainz wurden 6 Mark für das Pfund gefordert. Dabei bietet die Kirschenernte in der Umgegend von Mainz durchaus gute Aussichten. Daß die Kirschenbesitzer mit hohen Preisen rechnen, ergibt sich auch aus Meldungen aus Thüringen. So wurden in Reinsdorf bei [illegible] bei einer Kirschenpacht 27 480 Mark gegen 11 131 Mark im Vorjahre erzielt; im Schulgute [illegible] bei [illegible] wurden sogar 34 300 Mark, dreimal mehr als 1918, erzielt. Was soll da das Pfund Kirschen kosten?

— Der katholische Bischof zur Schulfrage. Wie die „Sächsische Volkszeitung“ meldet, hat Bischof Dr. Franz Löbmann beim Kultusministerium gegen die Beschlüsse der Sächsischen Volkskammer in der Schulfrage Einspruch erhoben. In dem Protest heißt es am Schlusse, er fordere als Vertreter der katholischen Kirche in Sachsen nachdrücklich das Recht auf Erhaltung der konfessionellen Schule und erkläre es als eine, das Gewissen bindende Notwendigkeit katholischer Eltern und Vorsteher von katholischen Schulgemeinden, auf keinen Fall durch Verhandlungen am Uebergange katholischer Schulen in konfessionslose mitzuwirken, vielmehr alle Mittel des Widerstandes dagegen anzuwenden und zu erschöpfen. Im Abschluß an diesen Einspruch spricht der Bischof gestern in der „Sächsischen Volkszeitung“ die Erwartung aus, daß im Kampfe um ihre Schulen die katholischen Eltern sich eng um ihre Priester scharen. Er rutet dringend die Wahl von Elternausschüssen an und empfiehlt angelegentlichst die Verbindung mit dem Volksverein für das katholische Deutschland.

* Röderau. Bericht über die öffentliche Gemeinderatssitzung am 13. Juni 1919. 1. Gründung einer Einwohnerwehr. Es wurde beantragt, die Gründung abzulehnen. Beschlossen wurde, wenn es sich nötig machen sollte, selbst einen Sicherheitsdienst in der Gemeinde einzurichten. 2. Unterstützung an die Familien der Sicherheitswehr. Da die Mannschaften der Sicherheitswehr dem Staate unterstellt sind, wurde der Antrag gestellt, die Unterstützung abzulehnen. Der Antrag wurde angenommen. 3. Gewerbe- und Kaufmannsgericht für den Amtsgerichtsbezirk Riesa. Der Anregung des Gewerkschaftskartells, ein Gewerbe- und Kaufmannsgericht in Riesa zu errichten, wurde zugestimmt und beschlossen, der Amtshauptmannschaft Mitteilung zu machen. Ferner wurde der Anschluß an das Mieteinigungsamt Riesa einstimmig empfohlen. 4. Besoldung der Beamten. Es wurde beschlossen, diesen Punkt in nichtöffentlicher Sitzung zu beraten. 5. Beschaffung eines Freibanklokals. Dasselbe soll im Gemeindehaus eingerichtet werden. Ferner beschloß man, auch den Krankenwagen im Gemeindehaus unterzubringen. 6. Zu der vom Bauausschuß eingesehenen Bauzeichnung des Herrn Janke, Bau eines Wohnhauses in der Georgstraße, wurde beschlossen, 304 Mark Straßen- und Schleusenkaution zu fordern; ferner wurde der mit Herrn Steinsetzmeister Haase abgeschlossene Vertrag mitgeteilt. Die freigewordenen Steine an der Riesaer Straße sollen durchgeworfen und die Gohliser-, Grund- und Georgstraße sollen ausgebessert werden. Der Gemeinderat nahm Kenntnis davon und befürwortete sämtliche Punkte. 7. Vergütung für Gemeinderatsmitglieder. Es wurde beschlossen, diejenigen Gemeinderatsmitglieder, welche betreffs Teilnahme an der Sitzung einen Lohnausfall haben, zu entschädigen. 8. Zum Gesuch des Kommandanten der freiwilligen Feuerwehr, um Reparaturen des Steigerturms und einer Zulage für Reinigen der Geräte, wurde beschlossen, die Reparaturen machen zu lassen und für Reinigen der Geräte eine Entschädigung von 50 Mark zu gewähren. 9. Herr Gemeindevorst. Haase teilt mit, daß vom Reich und vom Staat zum Straßenbau eine Beihilfe von 28 500 Mark gewährt wird. 10. Die Beschlußfassung über ein Schreiben des Ministeriums, betreffend nochmaligen Kursus für den Desinfektor, wurde vertagt. Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

* Nünchritz. Das Sekretariat Ostsachsen-Land der Deutschen demokratischen Partei hatte für Freitag den 13. d. Mts. eine Anzahl Herren von Nünchritz zu einer vertraulichen Besprechung in den „Gasthof Nünchritz“ eingeladen. Nach einem Vortrage des Herrn Beyer-Riesa gründete man eine Ortsgruppe, der sofort sämtliche anwesende Herren beitraten und wählte aus deren Mitte einen vorläufigen Vorstand, welcher die Geschäfte bis zur ersten Mitgliederversammlung führt.

Dresden. Der Polizei ist es gelungen, einen Hafenarbeiter und einen Kutscher als diejenigen zu ermitteln, die am 2. 6. 1919 aus einem Speicher am Neustädter Elbkai durch Einbruch 16 Zentner Zucker gestohlen hatten. Den Zucker hatten die Diebe für 8000 Mark an einen hiesigen Konditor verkauft. 13 Zentner Zucker konnten dem Eigentümer wieder zugestellt werden.

X Pirna. Gestern vormittag versammelten sich etwa 200 bis 300 Personen auf dem Markt. Eine Deputation wurde auf dem hiesigen Lebensmittelamte wegen besserer Belieferung mit Lebensmitteln vorstellig. Stadtrat Scheufler erkannte die Beschwerden als berechtigt an und gab die [illegible]

[illegible] ... der Zeitung „Volksbote“ ist gestern, Montag, zum ersten Male wieder erschienen.

Neueste Nachrichten und Telegramme
vom 17. Juni 1919.

Die Ueberreichung der Antwort.

X Versailles, 16. Juni. Heute nachmittag 6¾ Uhr hat im Hotel des Reservoirs Generalsekretär Dutasta, begleitet vom Botschaftsattaché Darnault, dem Ministerialdirektor Simon und dem Legationsrat Freih. von Lersner 1. einen Begleitbrief der alliierten und assoziierten Regierungen, 2. ihre Antwort auf die Bemerkungen der deutschen Friedensdelegation, 3. eine Abmachung über die Verwaltung der besetzten Gebiete und 4. den ursprünglichen Friedensentwurf mit den Abänderungen in roter Tinte überreicht und erklärt, die deutsche Friedensdelegation solle binnen fünf Tagen erklären, ob sie unterzeichnen wolle oder nicht. Ministerialdirektor Simon erklärte namens der Friedensdelegation und der Reichsregierung die Frist für zu kurz. Gegen 9 Uhr erschien Dutasta abermals, und teilte mit, die Alliierten hätten die Frist um 48 Stunden verlängert. Simon erklärte die Zustimmung der deutschen Delegation, behielt jedoch der Reichsregierung den endgültigen Entschluß vor, ob die siebentägige Frist eingehalten werden könne.

X Paris, 16. Juni. (Reuter.) Die von den Alliierten auf die deutschen Bemerkungen zu den Friedensbedingungen erteilte Antwort ist heute veröffentlicht worden. Sie wird eingeleitet durch einen Mantelbrief, in dem gesagt wird: In den Augen der alliierten und assoziierten Mächte war der Krieg das größte Verbrechen gegen die Menschheit, das jemals begangen worden ist. Deutschland hat seinen willfährigen Verbündeten ermutigt, Serbien den Krieg zu erklären. Der Brief zählt dann die deutschen Verbrechen auf und sagt: Deutschland muß es auf sich nehmen, Wiedergutmachungen zu leisten. Der Brief führt weiter aus: Die alliierten und assoziierten Mächte haben für die Wiedererrichtung eines polnischen Staates mit sicherem Zugang zum Meere Vorsorge getroffen. Das Regime, betreffend das Saarbecken, wird für 15 Jahre aufrecht erhalten. Besonders die Alliierten sind überzeugt davon, daß die Eingeborenen der deutschen Kolonien einer Rückkehr unter deutsche Herrschaft durchaus abgeneigt sind. Der Brief fügt hinzu: Wenn die Deutschen beweisen, daß sie beabsichtigen, die Friedensbedingungen zu erfüllen, so wird es zu einem frühen Zeitpunkt möglich sein, dem Völkerbund durch die Zulassung Deutschlands zu vervollständigen. Betreffs der deutschen Beschuldigungen gegen die Blockade heißt es: Die Blockade ist zu jeder Zeit eine gesetzlich anerkannte Methode der Kriegführung gewesen. — Die Antwort der Alliierten auf die deutschen Bemerkungen legt dar, im deutschen Memorandum sei nichts enthalten, was die Ueberzeugung der Alliierten erschüttere, daß die unmittelbare Ursache des Krieges die wohlüberlegte Entschließung der verantwortlichen Personen gewesen ist, die Lösung der europäischen Frage gewaltsam herbeizuführen, wenn nötig durch einen Krieg. Die Alliierten halten dafür, daß die Bestrafung derjenigen, die hauptsächlich verantwortlich dafür sind, eine Forderung der Gerechtigkeit ist. Es wird Deutschland gestattet werden, sein Heer allmählicher zu verringern, als bisher bestimmt worden war. Die deutschen Vorschläge bezüglich der Flotte können nicht in Erwägung gezogen werden. Was die Wiedergutmachung betrifft, so kann Deutschland eine Pauschalsumme (wörtlich: lump sum) für die Regelung der Gesamtheit oder eines Teiles seiner Verbindlichkeiten anbieten.

X Versailles, 16. Juni. Die Antwort der alliierten und assoziierten Mächte erklärt: Der von ihnen vorgeschlagene Friede sei von Grund aus ein Gerechtigkeitsfriede, und entspreche den von beiden Teilen für den Waffenstillstand angenommenen Grundsätzen. Im einzelnen besagt die Antwort, daß an der Ostgrenze überhaupt bei der Volksabstimmung Zweifel seien. Danzig werde als Freistadt von Deutschland gelöst, um Polen freien Zugang zum Meere zu geben, aber nicht als Bestandteil Polens. Ob Oberschlesien deutsch oder polnisch werde, soll durch Volksabstimmung entschieden werden. Die politischen Bestimmungen des Friedensentwurfes über das Saargebiet bleiben unverändert. Die Abtretung deutscher Gebiete an Dänemark und Belgien soll nur ergebnisfreie Abstimmung der Einwohner sein. Andere Aenderungen des Friedensentwurfes sollen nicht stattfinden, Deutschland also auch die Kolonien nicht zurückerhalten. Am Schlusse heißt es: Die Note und die beigefügte Denkschrift bedeuten das letzte Wort der alliierten und assoziierten Mächte. Sie beharren bei den Grundsätzen des Vertrages, haben aber bedeutende Zugeständnisse in der Anwendung gemacht. [illegible] ... in Versailles verbeizuführen. ... [illegible] ... die gegenwärtige Kündigung des Waffenstillstandes und die Alliierten werden die Maßnahmen ergreifen, die sie für notwendig halten, um ihre Bedingungen aufzuerlegen.

X Versailles, 16. Juni. Auf der Autofahrt der deutschen Delegation vom Hotel des Reservoirs zum Bahnhof Noisy le Roi wurden durch Steinwürfe aus der Menschenmenge verletzt Dr. Melchior, Oberstleutnant von Kylander, Assessor Meyer und Frau Dornblüth. Die lärmenden Kundgebungen dauerten den ganzen Abend.

Berlin. In der gestern überreichten Antwort-Note der Alliierten-Mächte auf die Gegenvorschläge des Grafen Brockdorff-Rantzau heißt es: Auf Grund der Behauptung, daß Oberschlesien, das wohl von einer polnischen Mehrheit im Verhältnis von 2:1 bewohnt wird, deutsch zu bleiben wünscht, willigen die Mächte ein, daß die Frage durch eine Abstimmung der Bevölkerung selbst entschieden wird. Das für das Saargebiet vorgeschlagene Regime muß 15 Jahre dauern. Nach Verlauf dieser Zeit wird die Bevölkerung volle Freiheit besitzen, zu entscheiden, ob sie die Vereinigung mit Deutschland, die Vereinigung mit Frankreich oder Fortsetzung des im Vertrage vorgesehenen Regimes des Völkerbundes wünscht. Die Gebiete, welche man von Deutschland an Dänemark und Belgien zu übertragen beabsichtigt, werden nur als Ergebnis eines Entschlusses der Einwohner an diese Mächte übergeben, wobei Freiheit der Abstimmung gewährleistet wird. Die Ententemächte sind der Ansicht, daß die Eingeborenen deutscher Kolonien sich lebhaft dem Gedanken widersetzen, unter deutsche Oberhoheit zu kommen. Es ist den Alliierten daher unmöglich, Deutschland diese Kolonien zurückzugeben, noch ihm ein Mandat dafür anzuvertrauen. Die Vorschläge der Alliierten betreffend das internationale Regime auf den Flüssen sind konform den Grundsätzen des Friedens, wie sie von Deutschland angenommen wurden. Es besteht bei den Alliierten in keiner Weise die Absicht, Deutschland zu erdrosseln und ihm die Stellung zu nehmen, die ihm im internationalen Handel zukommt. Vorausgesetzt, daß es die Bedingungen des Friedensvertrages erfüllt und seine bisherigen Methoden des Angreifens verläßt, ist es die Absicht der Alliierten, daß Deutschland eine gleichmäßige Behandlung beim Einkauf von Rohmaterialien und in Warenverkäufen genießt. Mit der deutschen Delegation erkennen die alliierten Mächte die Vorteile an, die aus einer möglichst schleunigen Kenntnis des von Deutschland zu zahlenden Betrages erwachsen. Die Alliierten willigen ein, Deutschland eine Frist von 4 Monaten für die Regelung der von ihm verschuldeten Schäden zu gewähren. Es wird hauptsächlich von der Haltung des deutschen Volkes selbst abhängen, den Zeitpunkt seines Eintritts in den Völkerbund näher zu bringen. Die Ententemächte erklären, daß die Blockade eine gesetzliche Kriegsmaßnahme ist. Zum Schluß wird zum Ausdruck gebracht, daß die nunmehr übermittelten Bedingungen das letzte Wort der Alliierten sind, in dem sie nach Prüfung der deutschen Gegenvorschläge bedeutend praktische Zugeständnisse machten, ohne sich von den Grundlinien des Vertrages zu entfernen. Der Vertrag muß in seinem Wortlaut angenommen oder verworfen werden. Im letzteren Falle gelte er gleichzeitig als Kündigung des Waffenstillstandes und die Verbündeten werden alle Maßnahmen ergreifen, um ihre Bedingungen aufzuerlegen.

Meldungen der Berliner Morgenblätter.

Zur Antwort der Alliierten sagt von den heute erschienenen ganz wenigen Blättern die „Germania“: Die Abänderungen des Vertrages stellen sich etwas günstiger dar als die Meldungen von „Havas“ erwarten ließen, aber sie bleiben doch sehr weit hinter den Erwartungen zurück. In einer in ihrer Kürze fast unmöglichen Frist soll die deutsche Nationalversammlung und die deutsche Regierung sich schlüssig werden und zwar über Bedingungen von solcher Tragweite und von solcher Härte. Aber man wird in Weimar und Berlin alle Möglichkeiten in Erwägung ziehen, die bei einer Verweigerung der Unterschrift eintreten würden. Noch immer gilt in solchen Fällen der Satz, daß zwischen zwei Uebeln das geringere zu wählen ist. Auch ist in Betracht zu ziehen, daß die Zukunft ganz sicher nicht so aussehen wird, wie sie auf dem Pariser Papier steht.

Gegen eine neue Blockade.

* Amsterdam. Dem „Telegraaf“ wird unterm 15. aus Paris gemeldet: Der „Temps“ teilt mit, daß nunmehr sämtliche neutrale Staaten einschließlich Hollands an einem neuen Blockadekrieg gegen Deutschland, falls dieses den Friedensvertrag ablehnt, nicht teilnehmen.

Kündigung der Münchner Buchdrucker.

* München. Auf Grund des Streiks der Hilfsarbeiter haben eine Reihe großer Firmen im Buchdruckereigewerbe ihrem gesamten Setzer- und Druckerpersonal gekündigt, trotzdem einer solchen Kündigung der deutsche Buchdruckertarif und die Verordnung der Regierung entgegenstehen. Nach der „Münchner Post“ kommen 20 größere Firmen in Betracht.

Wiedereinführung der Rationierung in England.

* Amsterdam. Die englische Regierung beabsichtigt die allgemeine Rationierung wieder einzuführen, da ihre vor einiger Zeit erfolgte Aufhebung als die Ursache der immer größer werdenden Teuerung betrachtet wird.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Der Streik im Buchdruckergewerbe in Berlin hat im Laufe des gestrigen Tages noch eine Verschärfung erfahren.

Fordernde Liebe.

Roman von Erich Ebenstein.

30. Fortsetzung.

„O weh, Sie sind schon vollzählig“, sagte die Dame bedauernd zu Isolde, „wir wären so gern bei Ihnen gesessen! Aber es ist ja wohl nur für sechs Personen Raum?“

„Schadet nichts, liebe Frau v. Walser“, sagte Isolde rasch, „wir lassen noch das Tischchen dort anrücken!“ Sie gab den Dienern einen Wink. Die Sache war ihr höchst erwünscht, denn so blieb nun doch Platz für Dallarita... wenn er kam.

„Pardon, meine Herrschaften“, fuhr sie hastig fort, „ich will nur rasch noch einmal im Nebenzimmer nachsehen, ob alle gut versorgt sind... nein, Exzellenz, Sie brauchen sich nicht zu bemühen“, lehnte sie den dargebotenen Arm ihres Kavaliers ab. „Ich bin im Augenblick wieder da.“ Flüchtig enteilte sie in den anstoßenden Raum.

Richtig — dort stand er! In der Ecke neben Lou, um die sich eine Anzahl junger Herren drängte! Vera Helmenschlag und die unscheinbare Frau eines Attachés waren die einzigen Damen der Gruppe. Man mußte drei Tischchen aneinanderstellen und noch war nicht Raum genug für alle.

Isolde trat hinzu. „Wenn Sie keinen Platz mehr finden, Herr Dallarita“, sagte sie halblaut, ihn gebieterisch ansehend — „drüben bei uns ist noch genug —“

„Ach nein, Herr Dallarita darf nicht fort! Ich habe ihn heute zu meinem Kavalier ernannt“, sagte Lou [illegible] keiner, wandte sich lässig um und starrte Isolde blinzelnd an.

Beider Frauen Augen tauchten einen Moment ineinander. Der Isoldes sprühend vor schlechtverhehltem Aerger, der Lous spöttisch triumphierend.

„Das heißt, wenn Ihnen gar so viel daran liegt, diesen närrischen Maler bei sich drüben zu haben,“ sagte sie nun lächelnd, „so bin ich gern bereit, ihn aus meinem Hofstaat zu entlassen!“

„Mir?“ Isolde hatte sich bereits wieder in der Gewalt. Ein finsterer Blick Veras hatte sie zur Besinnung gebracht. „Mir liegt gar nichts daran. Ich fürchtete nur, daß die Herrschaften hier zu eng sitzen werden.“

„Ach, das ist gerade gemütlich!“

„Nun, dann ist es ja gut. Auf Wiedersehen und viel Vergnügen!“ Sie nickte allen freundlich zu, streifte Dallarita, der eine halb verlegene, halb bedauerliche Miene aufgesetzt hatte, als wollte er sagen: du siehst, ich kann nicht anders, mit einem verächtlichen Blick und entfernte sich.

Dallarita strich äußerst zufrieden seinen schwarzen Spitzbart à la Rubens. Es war doch eine famose Reklame für ihn, daß sich die zwei schönsten Frauen der Gesellschaft so um ihn stritten!

Er war in beide ein bißchen verliebt, wenn er auch noch nicht genau wußte, für welche sein Herz höher schlug. Immer darauf bedacht, von sich reden zu machen, wünschte er brennend, mit einer von ihnen in ein kleines Abenteuer verwickelt zu werden, was er zur Ausbreitung seines Rufes für sehr förderlich hielt.

Mittelmäßig begabt, eitel und beschränkt, hatte er es doch verstanden, sich durch sein geschmeidiges Wesen, seinen hübschen Kopf und seine gesucht originelle Art zum Modemaler emporzuarbeiten.

Die Frauen hatten ihn „gemacht“. Er hielt sich daher ausschließlich an sie, und seit er mit einer russischen Großfürstin einen „Roman“ gehabt — über den übrigens niemand genaueres wußte und von dem er selbst nur in geheimnisvollen Andeutungen sprach — war es Mode geworden, sich von ihm malen zu lassen.

Daß er nebenbei den groben Trick angewandt hatte, gelegentlich zu erklären, er male grundsätzlich nur schöne Frauen, häßliche lehne er einfach ab — bewirkte, daß nun alle Frauen förmlich verpicht darauf waren, sich dieses „Schönheitsattest“ von ihm ausstellen zu lassen.

Jede Frühjahrs- und Herbstausstellung im Künstlerhaus brachte Porträts von Dallarita. Meist wurden sie ihm hoch bezahlt, aber es gab auch Bilder darunter, die er umsonst malte, rein aus „Liebe zur Schönheit“, wie er sagte.

Sie trugen dann schwärmerische Namen wie „Dornröschen“, „Schneekönigin“, „Lotosblume“ oder „Sturmfee“, waren natürlich unverkäuflich und wurden dem Original als Huldigung zu Füßen gelegt. Sie bildeten im Verein mit Gerüchten über zarte Beziehungen zu der jeweiligen Dame seine beste Reklame.

Ein solches Bild wollte er auch von Lou v. Meister malen, während Isoldes Bild auf Bestellung gemalt werden sollte.

Fortsetzung folgt.